

Partei, Intelligenz und humanistische Tradition

Von Dr. Erhard JOHN

DIE POLITIK DER PARTEI

Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der Erneuerung der deutschen Kultur. Sie fördert die wahre Größe der deutschen Nation, indem sie alle schädlichen und reaktionären Überlieferungen bekämpft und alles Hohe und Schöne des deutschen Geisteslebens zur Entfaltung bringt. So hieß es in dem „Manifest an das deutsche Volk“, in dem der Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. April 1946 die Ziele jener Partei darlegte, durch deren Gründung in einem Teil Deutschlands die für die deutschen Imperialisten so vorteilhafte Spaltung der deutschen Arbeiterklasse überwunden wurde.

Auf marxistisch-leninistischer ideologischer Grundlage geschaffen, legte diese Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch ihrer Kulturpolitik die von den Klassikern, besonders von Lenin, herausgearbeiteten Prinzipien der sozialistischen Kulturrevolution zugrunde. Eine wichtige Seite dieser Prinzipien betrifft die Stellung der siegreichen Arbeiterklasse zu der von der Menschheit in ihrer bisherigen Entwicklung geschaffenen Kultur, insbesondere zu ihren humanistischen Traditionen.

Dabei tritt dieses Problem konkret in zweifacher Form auf, einerseits als Verhältnis zu den lebendigen Trägern dieser kulturellen Traditionen in Kunst und Wissenschaft, in Technik und Erziehung – also als Verhältnis zu den Angehörigen der Intelligenz, die bereits in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft Wissen und Bildung erworben und fähig sind, als Wissenschaftler und Künstler, als Lehrer und Ingenieure Kulturarbeit zu leisten, wie es Lenin einmal formuliert.

Andererseits geht es darum, die Stellung der politisch siegreichen Arbeiterklasse und ihrer Partei zu den objektiv-sachlichen Kulturleistungen der Menschheit – wissenschaftlichen Theorien und philosophischen Anschauungen, Kunstwerken, pädagogischen Theorien usw. klar zu bestimmen.

Aufbauend auf der gesamten bisherigen Kultur

Charakteristisch für den Marxismus-Leninismus als Theorie und die politische Praxis der Partei der Arbeiterklasse ist es, daß ihr prinzipiell jedes Sektierertum gegenüber kulturellen Leistungen der Vergangenheit und gegenüber Menschen fremd ist, die als Träger wissenschaftlicher, künstlerischer, pädagogischer, technischer und anderer Kenntnisse und Fähigkeiten Kulturarbeit zu leisten vermögen. Dabei ist die Durchsetzung dieser Prinzipien im Leben, im Verlauf der sozialistischen Kulturrevolution und in den unzähligen konkreten einzelnen Fällen ein komplizierter Prozeß, der von der Partei der Arbeiterklasse zielbewußt, prinzipienfest und zugleich feinfühlig gelenkt wird. Natürlich können dabei Fehler im einzelnen vorkommen, Widersprüche auftreten zwischen alten Methoden der Arbeit und neuen Aufgaben, Widersprüche, die zu überwinden eine angestrengte Arbeit, Feinfühligkeit im Umgang mit den Menschen und ein ständig höheres eigenes Kulturniveau erfordern. Aber alle diese Schwierigkeiten im einzelnen heben nicht die allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus hinsichtlich der Beziehungen zum kulturellen Erbe der Menschheit und den Angehörigen der Intelligenz auf, die ihr Wissen und ihre Bildung bereits in der kapitalistischen Gesellschaft erworben, die lebendigen Träger bisheriger Kulturleistungen der Menschheit darstellen.

„Ohne die klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Kenntnis der Menschheit die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffenen Kultur, nur durch ihre Umarbeitung eine proletarische Kultur aufgebaut werden kann – ohne eine solche Einsicht werden wir diese Aufgabe nicht lösen (nämlich die neue Kultur der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft aufzubauen – E. J.) ... die proletarische Kultur muß die gesamte Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die

sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft, der Gutbesitzergesellschaft, der Beamten- und Bauernmacht“ rief Lenin 1920 in seiner berühmten Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands den Komsomolenzen zu. Nachdrücklich betonte er – fast mit den gleichen Worten – den gleichen Gedanken im selben Jahr in dem bekannten Resolutionsentwurf „Über proletarische Kultur“.

Lest „Faust“ und „Kommunistisches Manifest“

Diese Gedanken schöpferisch unter unseren konkreten Bedingungen anwendend, leisteten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in den 15 Jahren seit ihrer Gründung und der unter ihrer Führung geschaffene erste Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden eine große Arbeit mit dem Ziel, die hohen Kulturleistungen der Vergangenheit, die Werke Goethes und Schillers, Bachs und Beethovens, Händels und vieler anderer bedeutender Künstler der Vergangenheit den werktätigen Massen nahezubringen, das Andenken bedeutender Wissenschaftler – von den Gebrüdern Humboldt bis zu Ernst Haeckel und Max Planck – gebührend zu ehren. Die Partei bekennt sich nachdrücklich zu den humanistischen Traditionen unserer Nation, so in dem Beschluß des V. Parteitag, in dem betont wird, daß die sozialistische Gesellschaft an die Traditionen des in der Antike entstandenen, vom aufsteigenden Bürgertum weiterentwickelten Humanismus anknüpfe und sich das Ziel setze, in der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Kultur des realen Humanismus die Träume der besten und edelsten Humanisten und Denker auch unserer nationalen Vergangenheit zu erfüllen – den Traum Herders von der Entwicklung zur Humanität als der edelsten Blüte der menschlichen Bemühungen und der Ausbildung aller menschlichen Möglichkeiten, den Traum Schillers von einer Bildung edlerer Menschlichkeit mit Mitteln der Kunst, den Traum Fichtes von einer Gesellschaft, die gegründet ist auf der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt. Wohl in gedrängtester und zugleich prägnantester Form entwickelte Walter Ulbricht diesen Gedanken, als er 1958 auf dem III. Kongreß der Nationalen Front den Anwesenden zurief:

„Die großen humanistischen Ideen bei Goethe, Schiller und Lessing sind doch jetzt zum erstenmal in der DDR verwirklicht, weil von den Werktätigen die sozial-ökonomische Grundlage geschaffen wurde. Deshalb habe ich zu unseren Jugendlichen gesagt: Wenn ihr wissen wollt, wie der Weg vorwärtsgeht, dann lest Goethes „Faust“ und Marx' „Kommunistisches Manifest“. Dann wißt ihr, wie es weitergeht.“

Keine taktischen Augenblickserwägungen

Ebenso schöpferisch wie bei der Aneignung des Kulturerbes wendet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrem Verhältnis zu den Angehörigen der alten Intelligenz die Prinzipien an, die von Lenin bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht herausgearbeitet wurden. Lenin zeigte damals, daß der sozialistische Aufbau um so schneller vorangehen werde, je mehr Angehörige der alten Intelligenz gewonnen würden, um ihr fachliches Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Die Partei der Arbeiterklasse und der Arbeiter- und Bauern-Staat müssen deshalb in dieser Richtung alle möglichen Anstrengungen unternehmen. Dabei geht es nicht nur darum, der alten Intelligenz eine der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit entsprechende Entlohnung zu sichern, sondern auch eine Atmosphäre der kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit ihr zu schaffen, ihr den wahrhaft humanistischen Charakter aller mit dem sozialistischen Aufbau verbundenen Bemühungen zu zeigen und sie so Schritt für Schritt für eine immer fruchtbarere und bewußtere Zusammenarbeit beim Lösen dieser praktischen Aufgaben in der Entwicklung von Kunst und Erziehung, von Wissenschaft und Technik zu gewinnen.

Manchmal werden all diese Maßnahmen der Partei der Arbeiterklasse – von den Kulturverordnungen der Jahre 1949 und 1950 bis zu den Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED zu Fragen der medizinischen und pädagogischen Intelligenz im letzten Jahre – als eine gewissenmaßen vorübergehende, nur aus taktischen Augenblickserwägungen heraus sich ergebende Maßnahme betrachtet. Aber dies ist grundfalsch. Es handelt sich darum, daß hier konkret für unsere historischen und nationalen Bedingungen die allgemeinen Prinzipien der marx-

xistisch-leninistischen Theorie und der grundsätzlichen Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Arbeiter- und Bauern-Macht angewendet werden.

Manchmal findet man in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß dann, wenn einmal genügend „junge“ Intellektuelle herangebildet seien, Angehörige der „alten“ Intelligenz, die bisher als „Lückenbüßer“ gefolgt wurden, überflüssig würden. Eine solche Auffassung hat mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Der sozialistische Aufbau verlangt so viele qualifizierte Kräfte, daß auf niemanden verzichtet werden kann und verzichtet wird, der ihm sein Wissen und seine Kenntnisse zur Verfügung stellt. Sehr entschieden wandte sich z. B. Walter Ulbricht in den Aussprachen mit Wissenschaftlern der Hallenser Universität 1958 gegen die Auffassung vom „Lückenbüßertum“.

Humanistisches Wesen des Sozialismus entfaltet sich voll

Gestützt auf die allgemeinen Prinzipien des Marxismus-Leninismus setzt sich so die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Arbeiter- und Bauern-Macht das Ziel, auch auf diesem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens allseitig entwickelte und wahrhaft menschliche, auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen gegründete menschliche Beziehungen herzustellen. Ein nicht unerheblicher Teil der Westpresse versucht dies als eine vorübergehende „weiche Welle“ zu diffamieren. Tatsächlich aber geht es darum, daß es die bisher auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erreichten Erfolge des sozialistischen Aufbaus gestatten, das wahrhaft humanistische Wesen der sozialistischen Ordnung voll zu entfalten und nun immer mehr bis in differenzierte Bereiche unseres Lebens zur Erscheinung kommen zu lassen.

Es geht darum, die Forderung der Staatsratsklärung zu erfüllen; zu zeigen, daß der Sozialismus alle anspricht und allen eine Perspektive gibt und in den Beziehungen zu den Angehörigen der alten Intelligenz sich von den in dieser Erklärung niedergelegten Einsichten und ausgesprochenen Forderungen leiten zu lassen:

„Die Menschen haben eine unterschiedliche Vergangenheit, Herkunft und Lebenserfahrung. Ihre Gedanken sind folglich recht verschieden. Aber der Sozialismus spricht sie alle an... Wir müssen die Menschen mit all ihren Vorträgen und mit manchen Schwächen sehen, uns in ihre Gedankengänge hineinfinden, selber im Leben und in der Arbeit immer Vorbild sein, ein echtes Vertrauensverhältnis schaffen und unsere besseren Argumente wirklich überzeugend wirken lassen.“

Was Wissenschaftler und „Rheinischer Merkur“ vor einem Jahr schrieben

„Bei voller Wahrung der unterschiedlichen Positionen haben sie in einer Atmosphäre der Aufgeschlossenheit und Offenheit geführt. Gespräche zur Klärung einer Reihe von Fragen beigetragen, die die wissenschaftlichen Hochschulen in beiden Teilen Deutschlands betreffen. Die Universität Heidelberg hat die Universität Leipzig zu einem Gegenbesuch eingeladen, bei dem das Gespräch eine Fortsetzung finden wird.“

(Aus dem Kommuniqué, das anlässlich des Besuchs der Heidelberger Professoren-Delegation an unserer Universität vor einem Jahr von beiden Rektoren unterzeichnet wurde.)

„Weder Wirtschaftsführer noch Professoren dürfen erwarten, daß man ihnen ungerührt durchgehen läßt, wenn man Gewerkschaftsfunktionäre, die sogar noch mildere Umstände für sich anführen könnten, hart tadelt... Was bleibt, ist der Eindruck, daß es hier dem SED-Regime doch einmal gelungen ist, freie Deutsche und Funktionäre des Polizeistaates an einen Tisch zu bringen und damit eine Brücke zu schlagen, durch die noch viel ebensolches und noch mehr Unerwünschtes eindringen kann. Das erste ist ein Gegenbesuch von Leipziger Wissenschaftsfunktionären in Heidelberg. Gerade das hat uns noch gefehlt.“

(„Rheinischer Merkur“ vom 8. 4. 1960)

Die „unerwünschten“ Rufe des „Rth. M.“ bewiesen den Druck der Strauß- und Schröder gegen die vereinbarte Fortsetzung des Gesprächs in Heidelberg. Ihnen darf – um des Beitrages der Wissenschaftler zur Sicherung der friedlichen Zukunft des deutschen Volkes willen – nicht nachgegeben werden.

Zahlen und Tatsachen beweisen ...

... daß das törichte Geschrei der westdeutschen Imperialisten über einen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft lächerlich ist

lich über dem Wachstum des Nationaleinkommens und dem Wachstum der Ausgaben für andere Zwecke.

● Auf den Sektoren Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen stieg die Summe der Mittel für Investitionen um 16,2 Prozent gegenüber 1960 auf 302,7 Millionen DM.

● 114 300 Studenten (alle Studienformen) werden nach dem Volkswirtschaftsplan 1961 an unseren Hochschulen studieren. Das sind 12,4 Prozent mehr als 1960.

● Die Haushaltsmittel für das Hochschulwesen werden von 628 Millionen DM im vergangenen Jahr auf 706 Millionen DM in diesem Jahr ansteigen und liegen damit wesentlich



Orientiert sich der VDS am Willen der Studentenschaft?

Wieder einmal tagten Anfang März dieses Jahres die Delegierten des VDS. Viele der in vierstündigen Tagungen diskutierten Probleme waren es wert, dort besprochen zu werden. So die Forderung der westdeutschen Studenten nach Mitbestimmung an ihren Universitäten, nach größerer politischer Mitverantwortung. Es war auch richtig, einen Teil der VDS-Beratungen den Fragen der Verwirklichung der Ende des vergangenen Jahres mit großem Aufwand verkündeten Teilverbesserungen der materiellen Lage der Studenten zu widmen. Schließlich ist es wichtig, daß sich heute Studentenvertreter über ihr Verhältnis zu den jungen afrikanischen und asiatischen Nationalstaaten und deren in Westdeutschland studierenden Schülern aussprechen und sich vornehmen, den Kampf dieser Völker gegen alle imperialistischen Bestrebungen mit aller Kraft zu unterstützen, sie vor Rassendiskriminierung zu schützen usw.

Letztlich sei auch an der Vielzahl der Tagesordnungspunkte die Wahl eines neuen Vorstandes begrüßt, weil es neu, endlich konsequente Vertreter der westdeutschen Studentenschaft in dieses höchste Gremium zu wählen.

Fangen wir gleich beim letzten Punkt an: Diese Hoffnung, einen guten Interessenvertreter der Studenten als neuen Vorsitzenden zu wählen, hat sich nicht erfüllt. Es spricht allerdings auch für den Widerwillen einer ganzen Anzahl von Delegierten, wenn erst nach sechsstündiger bewegter Debatte die reaktionären Kräfte im VDS ihren Mann, den 28-jährigen Theologiestudenten Dr. Richard Steer als Vorsitzenden durchbrachten. Steers Mitgliedschaft in der reaktionären katholischen Studentenverbindung „Bund Neudeutschland“ (1) und der CDU-Jungschluggarde „Junge Union“ läßt bei uns erste Zweifel an den Worten seines Vorgängers, Faß, vor der Wahl aufkommen, daß sich der VDS auch im Wahljahr allein am Willen der Studentenschaft und nicht am Willen eines staatlichen Auftraggebers orientieren werde.

Im Gegensatz zu den in wohlwollenden Phrasen gehaltenen Großtelegrammen von Lübke, Adenauer und Brandt äußerten sich die anwesenden Vertreter der Bonner Regierung schon etwas deutlicher zu den berechtigten Forderungen der Studenten. So ein Vertreter des Bonner SA-Innenministers Staatssekretär Anders, der den Studenten mit der kategorischen Feststellung, die Mitbestimmung sei nach wie vor auf das rein studentische Feld zu beschränken, die Meinung seines Chefs Schröder über die politische Rolle der Studenten vorexerzierte.

Deutlicher als Anders wurde noch der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Leussink, der schlicht erklärte, die Studenten seien mit ihren Forderungen weit über das Ziel hinausgeschossen und hätten die Diskrepanz von „Willen und Vermögen“ bei ihren Forderungen übersehen. Welchen Studenten bei uns empört es nicht, wenn man so die Mehrzahl der westdeutschen Kommissionen verhöhnt? Man muß allerdings dazu auch sagen, daß die bisherige inkonsequente Politik des VDS-Vorstandes den Monopolvertretern billige Argumente für die Ablehnung der Mitbestimmungsorderungen in die Hände spielte: ganz bewußt wurde die relativ geringe Teilnahme der Studenten an den ASTA-Wahlen, die auch über die Besetzung des VDS mitentscheiden, dazu ausgenutzt, dem VDS das Recht abzuzupfen, auch in diesen Fragen im Namen der Mehrheit der westdeutschen Studenten zu sprechen. Schlußfolge-

rung der positiven Kräfte im VDS kann daraus nur sein, jenen Argumenten durch konsequentere Interessenvertretung der Studenten endgültig die Basis zu entziehen.

Wesentlichen Anteil an der Diskussion hatten die Fragen, die sich mit der Verbesserung der miserablen materiellen Lage der Studenten beschäftigten. Zu Recht wurde der CDU-Vorschlag, statt Stipendien, sogenannte „Darlehen“ an die Studenten auszugeben, abgelehnt, weil dadurch die bereits immense Verschuldung vieler Studenten noch vergrößert würde. Die CDU „fördert“ eben lieber die Kriegskasse von Strauß, anstatt auf die berechtigten Wünsche der Studenten nach auskömmlichen Stipendien, wie sie in der DDR 90 Prozent aller Studenten erhalten, einzugehen. Noch immer sind Zehntausende westdeutscher Studenten zu Werksarbeit während ihres Studiums gezwungen, und selbst der VDS mußte feststellen, daß der Anteil der Studenten, die nach dem wahrlich bescheidenen Honnefer-Modell (zum Teil ja auch zurückzahlende Mittel) gefördert wurden, von 19,3 Prozent im Jahre 1958 auf 15,6 Prozent im Sommersemester 1960 gesunken ist. Mit Recht wurde deshalb auf der Tagung verlangt, endlich die sogenannte „Bemessungsgrundlage“, d. h. die Einkommensgrenze der Eltern, neu zu regeln, die bisher bewußt so niedrig gehalten wurde, daß der Anteil der geförderten Studenten, wie obige Zahlen zeigten, sogar noch zurückging. Nicht einmal die Absicht, „Kinder aus dem Mittelstand wieder in die Förderung hineinzubringen, wurde bisher erreicht“, stellten die VDS-Delegierten fest. Nach wie vor bewegt sich der Anteil der Arbeiterkinder an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen bei lediglich fünf Prozent der Studierenden, nach wie vor ist der größte Teil dieser Arbeiterkinder zur Werksarbeit gezwungen. Um so frecher ist die gezielte Verlogenheit des westdeutschen Monopolblattes „Industrie-Kurier“, das gerade zur Zeit der VDS-Tagung von einer „sozialen Umgestaltung“ an den westdeutschen Universitäten faselt, weil sich der Anteil der Arbeiterkinder vermindert habe (von 3,2 Prozent im Jahre 1950 auf 6 Prozent im Jahre 1960!).

Jedoch der VDS richtet in seiner jetzigen Zusammensetzung keineswegs das Hauptfeuer auf solche Diffamierungen. Dieselben Kreise im VDS, die den CDU-Mann Steer zum Vorsitzenden machten, sind mit Sicherheit auch für eine Entschlebung der Tagung verantwortlich, die den Vorschlag des USA-Präsidenten Kennedy, eine als „Friedenskorps“ getarnte zivile Kolonialarmee in die jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas zu entsenden, lebhaft begrüßt und den USA „deutsche Jungakademiker“ als Helfer anbot. Meldungen nach der VDS-Tagung berichten sogar von Anregungen des Vorstandes, eine westdeutsche Paralelorganisation zu diesem „Friedenskorps“ zu bilden. Nicht unsonst haben schließlich die Bonner Neokolonialisten auch an den Universitäten, z. B. in Heidelberg, die Gründung von „Instituten für Entwicklungsländer“ vorbereitet, an denen ihre Kolonialkader geschult werden sollen.

Die Haltung ihres VDS-Vorstandes zu all diesen Fragen sollte den westdeutschen Kommilitonen endlich ernsthaft zu denken geben. Nicht durch passives Verhalten erreichen sie, daß im VDS konsequent ihre Interessen vertreten werden und der wissenschaftsfeldlichen Atomkriegs- und Kolonialpolitik der Bonner Regierung auch dort eine echte Alternative entgegengesetzt wird.

Wulfgang Bede